

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

17. Mai 1951,

255/J.

A n f r a g e

der Abg. H o r n und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen,  
betreffend Einhaltung der Verfassungsbestimmungen im Bereich des Finanz-  
ministeriums.

-----  
Die gefertigten Abgeordneten haben am 22. Februar 1951 an  
den Herrn Bundesminister eine Anfrage gerichtet, in der sie darauf hin-  
weisen, dass öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften in die Haus-  
haltslisten Einblick gewährt wurde.

In seiner Anfragebeantwortung vom 17. April d.J. hat der Herr  
Bundesminister hiezu festgestellt, dass die Einsichtnahme auf Antrag  
des Unterrichtsministeriums erfolgte und dass es sich dabei um eine  
notwendig gewordene Verwaltungshilfe handelt, zu deren Gestattung es  
keiner gesetzlichen Vorschrift bedarf und die daher auch nicht verweigert  
werden darf. Diese Auffassung des Herrn Bundesministers beruht auf einer  
völligen Verkennung der durch die Bundesverfassung gegebenen und die  
Minister und ihnen unterstellten Beamten bindenden Rechtslage.

Im Artikel 20 Abs. 2 der Bundesverfassung heisst es:

" Alle mit Aufgaben der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung betrau-  
ten Organe sind, soweit gesetzlich nicht anders bestimmt ist, zur Ver-  
schwiegenheit über alle ihnen ausschliesslich aus ihrer amtlichen Tätig-  
keit bekanntgewordenen Tatsachen verpflichtet, deren Geheimhaltung im  
Interesse einer Gebietskörperschaft oder der Parteien geboten ist  
(Amtsverschwiegenheit). Die Amtsverschwiegenheit besteht für die von  
einem allgemeinen Vertretungskörper bestellten Funktionäre nicht gegen-  
über diesem Vertretungskörper, wenn er derartige Auskünfte ausdrücklich  
verlangt."

Die anfragenden Abgeordneten sind grundsätzlich der Ansicht,  
dass öffentlich-rechtlichen Körperschaften, wie Religionsgemeinschaften  
oder auch Kammern oder Fonds, die gesetzliche Möglichkeit geboten werden  
muss, die in ihnen zusammengefassten Personen zur Erklärung über Ein-  
künfte zu veranlassen, wenn diese Einkünfte für die Beitragsleistung  
massgebend sind. Dazu bedarf es im Gegensatz zur Rechtsauffassung des  
Herrn Finanzministers zweifellos einer eigenen gesetzlichen Regelung,  
welcher der Nationalrat wahrscheinlich die Zustimmung nicht versagen wird.  
Die Preisgabe von Personaldaten, die der Staatsbürger einem mit Aufgaben  
der Vollziehung betrauten Organ gegenüber macht, ist jedoch durch die Ver-

4. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

17. Mai 1951

fassung ausdrücklich gegen Weitergabe an Aussenstehende geschützt. Der Staatsbürger hat ein verfassungsmässig gewährleistetes Recht darauf, dass Angaben, die er der Behörde macht, von dieser geheimgehalten werden. Jede Verletzung dieser Geheimhaltungspflicht durch eine Behörde stellt daher eine Verletzung der Verfassung und der darin gewährleisteten Freiheitsrechte des Staatsbürgers dar.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, den Bestimmungen der von ihm beschworenen Bundesverfassung Rechnung zu tragen und in Hinkunft im Rahmen seines Ressorts die Einhaltung der Amtsverschwiegenheit zu garantieren?

---.---.---